

Offener Brief
zur Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS

März 2002

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Wowereit,
sehr geehrte Frau Senatorin Knake-Werner,
sehr geehrter Herr Senator Gysi,

mit großem Interesse haben wir uns durch Ihre Koalitionsvereinbarung gearbeitet. Insbesondere haben wir uns mit den Punkten 13. Arbeit und 14. Soziales auseinandergesetzt.

Die rot-rote Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unterscheidet sich nicht von der unsozialen rot-grünen Politik auf Bundesebene. Ausgaben für Soziales sollen eingespart werden, und ein umfangreiches Instrumentarium zur Senkung der Sozialhilfekosten zur Anwendung kommen. Ihr Leitbild zur Arbeit: "Existenz sichernde Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Grundlage unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Sie sichert den Einzelnen den eigenen Lebensunterhalt, schafft soziale Sicherheit und bestimmt gesellschaftliche Entwicklungschancen und soziale Anerkennung." Das klingt schön und gut, aber es entspricht doch schon lange nicht mehr der gesellschaftlichen Realität. Ein solches Leitbild ignoriert, daß diese "Existenz sichernde Erwerbsarbeit" nicht mehr für alle möglich ist und es auch in Zukunft nicht sein wird. Aus unserer Sicht wären neue Leitbilder erforderlich, die eine Vielfalt an Lebensentwürfen und -abschnitten, auch jenseits der Erwerbsarbeit, zulassen.

Untrennbar damit verbunden ist natürlich die Frage der Existenzsicherung, wenn denn die Erwerbsarbeit dies nicht mehr in ausreichendem Maße leisten kann. Wir treten ein für eine bedingungslose Grundsicherung in Form eines Existenzgeldes für alle. Dahinter steckt ein anderes Leitbild als das von Ihnen im Rahmen der Durchsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und auch bei der Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen in dauerhafte Beschäftigung benannte "Fördern und Fordern". Denn "Fördern und Fordern" läuft in letzter Konsequenz hinaus auf "nur wer arbeitet soll essen" (auch wenn wir Ihnen persönlich solche Überzeugungen nicht unterstellen wollen). Unser Leitbild lautet statt dessen: "Jeder Mensch hat von Geburt an ein unabdingbares Recht auf Existenzsicherung und Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse. Oberstes Ziel einer Gesellschaft soll es sein, dieses Recht für alle materiell zu gewährleisten."

Wir wissen natürlich, welche große Bedeutung Erwerbsarbeit für den überwiegenden Anteil der Bevölkerung heute hat, und wie sehr die meisten Erwerbslosen unter ihrer Situation leiden. Insofern sehen wir durchaus Ansätze und guten Willen in Ihrer Vereinbarung. Sehr erstaunt sind wir allerdings, daß ein "Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)" nicht einmal benannt ist. Warum hat sich die PDS so schnell von einem ihrer Lieblingskonzepte verabschiedet? Das ÖBS-Konzept sollte Beschäftigung mit soziokultureller und ökologischer Daseinsvorsorge verbinden und auf Nachhaltigkeit angelegt sein. In den von Ihnen geplanten "Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen (BSI)" hingegen werden Menschen (wie in herkömmlichen ABM auch) untertariflich und befristet eingesetzt. Für die einen mag dies immerhin eine wichtige berufliche Erfahrung darstellen, für andere wird wertvolle Lebenszeit vergeudet, ohne daß sich an ihrer Berufsperspektive etwas verbessert. Nachhaltige Beschäftigung entsteht jedenfalls nicht.

Sehr gefreut hat uns die geplante "Gründung von Stadtteil- und Produktivgenossenschaften". Wir hoffen sehr, daß damit endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die bisherige Benachteiligung dieser Form der selbstorganisierten Existenzsicherung aufheben. Denn noch ist es

leider so, daß Menschen, die sich im Rahmen ihrer eigenen Genossenschaft ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis schaffen möchten, weder die sonst üblichen Lohnkostenzuschüsse bekommen, noch die Existenzgründungshilfen für Unternehmensgründungen oder berufliche Selbständigkeit.

Aus aktuellem Anlaß möchten wir noch unser Befremden darüber äußern, daß Ihr Kollege Herr Sarrazin die von Sparmaßnahmen betroffene Bevölkerung verhöhnt (Stichwort: Jogginganzüge) und den schlimmen finanziellen Zustand dieser Stadt auf die mangelnde Leistungsbereitschaft der BerlinerInnen zurückführt, wo doch jedeR weiß, einen wie großen Anteil ihrer finanziellen Probleme diese Stadt der Ausplünderung durch die Bankgesellschaft verdankt. Aus unserer Sicht hat Herr Sarrazin sich damit als Senator für diese Stadt und ihre Bevölkerung diskreditiert. Vielleicht können Sie ihm im kollegialen "Profiling" eine Anpassungsqualifizierung anbieten, damit er lernt, mit den Problemen dieser Stadt angemessen umzugehen.

Wir werden die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung kritisch beobachten und wieder auf Sie zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Baufachfrau Berlin e.V., Rüdiger Brandt, Karla Gunhild Brandler, Karin Danielmeier, Lothar Eberhardt, Wilma Effertz, Karin Fink, Jürgen Freier, Frauke Heel, Stephanie Hensche, Dieter Hoch, Anja Lehmann, Nicole Leopold, Monika Lindner, Jochen Gester, Brigitte Knopf, Dino Laufer, Marion Rädisch, Cornelia Rasulis, Yvonne Reiner, Olaf Rose, Ulrike Schumacher, Anne Seeck, Elisabeth Voß, Ulrich Weiß, Susanne Woernle, Gerald Wolf, Riccarda Zitaroczky

Die "Initiative Anders Arbeiten" ist ein Zusammenhang verschiedener Gruppen und Einzelpersonen, der sich aus der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses "Anders arbeiten – oder gar nicht?!" im April 1999 in der Berliner Humboldt-Universität, veranstaltet u.a. von Netzwerk Selbsthilfe und Contraste – Monatszeitung für Selbstorganisation, entwickelt hat. Das Anliegen unseres Kongresses war es, die verschiedenen Ansätze des sog. "Dritten Sektors" aus den Bewegungen der Genossenschaften, der Selbstverwaltung und der Bürgerrechtlerinnen zusammenzuführen und Ausgestaltungsmöglichkeiten sozialer Ökonomie und Perspektiven selbstbestimmter Arbeit zu diskutieren. Es wurde ein "Frühlingspapier" verabschiedet, in dem u.a. Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Förderung von selbstorganisiertem Leben und Arbeiten und von lokalem Wirtschaften für eine nachhaltige Entwicklung sowie zum Umbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors formuliert wurden. Wir führen weiterhin Veranstaltungen zu aktuellen Themen durch.